

Die Europäische Stadt als politischer und sozialer Akteur

von Hartmut Häußermann
Schumacher-Preisträger 2003

Städte konkurrieren heute sehr unmittelbar mit zahllosen anderen Standorten auf der ganzen Welt. Die ökonomische und kulturelle Globalisierung sorgt für ähnliche Probleme und ähnliche Lösungsversuche in den Städten. Dadurch werden sie sich immer ähnlicher, man kann von einer globalen Konvergenz der Stadtentwicklung sprechen. Verschwindet dabei die Europäische Stadt?

Diese Frage, ob es unausweichlich eine Konvergenz, also ein Ende der Europäischen Stadt gibt, ist nicht zu beantworten durch die Abwägung von Trends und Gegentrends. Dabei kommt man immer zu einem Ja – aber, sowohl-als-auch, noch-nicht usw. Gerade weil sich so vieles neu sortiert, gerade weil sich so viele Entwicklungen überlagern und eine Vielzahl von Trends wirksam sind, kann man nicht mit dem Rechenschieber die Richtigkeit oder Falschheit von Verfalls- oder Konvergenzaussagen beweisen.

Die Entwicklung der Städte und die Entwicklung der Stadtkultur ergeben sich nicht aus Sachzwängen. Auf sie nehmen viele gesellschaftliche Kräfte Einfluss. Welche Kräfte dies sind, und in welche Richtung diese Kräfte wirken – das ist eine Frage der politischen und gesellschaftlichen Rolle, die man den Städten abverlangt, die die Städte übernehmen können – und die die Städte übernehmen wollen.

In diesem Zusammenhang gewinnt ein ganz anderer Begriff der Europäischen Stadt Bedeutung für die Diskussion als der, an dem sich Stadtplanung oder Kulturkritik orientieren. Dieser Begriff bezieht sich auf die Stadt als sozialen und politischen Akteur – die Stadt also nicht als Objekt oder Opfer von überregionalen politischen, technischen oder kulturellen Entwicklungen, sondern die Stadt als Subjekt ihrer eigenen Geschichte. Dabei können wir an die Rolle der Städte in der europäischen und deutschen Geschichte anknüpfen.

Dass die Europäische Stadt – und nicht die orientalischen Städte, in denen es zum damaligen Zeitpunkt mehr Reichtum und mehr technisches Wissen gab – für die Entwicklung sowohl der Marktwirtschaft und des Kapitalismus als auch für die Entwicklung der modernen Demokratie eine zentrale, ja die entscheidende Bedeutung hatte, das ist die These Max Webers. Die mittelalterlichen freien Städte waren der gesellschaftliche Ort, von dem eine weltgeschichtliche Dynamik ausging. Max Weber führte dies auf einige Eigenschaften der gesellschaftlichen Organisation in diesen Städten zurück:

- politische und rechtliche Autonomie
- Selbstverwaltung in Form einer Schwurgemeinschaft, d.h. eines freiwilligen genossenschaftlichen Bündnisses
- die Bürger bildeten die Stadt und regierten sie gemeinschaftlich.

Heute würden wir das – im Anschluss an den Historiker W. Ribhegge – als eine Form von Zivilgesellschaft bezeichnen. Die Bürger regelten ihre Angelegenheiten selbst – ohne Bevormundung, aber auch ohne Fürsorge von oben.

Sie verloren diese Selbstständigkeit mit der Bildung der Territorialstaaten, die zunehmend die Rechtsetzung und die ökonomische Regulierung an sich zogen. Als sich nach den Napoleonischen Kriegen am Anfang des 19. Jahrhunderts die feudal organisierten Staaten in einer politischen und ökonomischen Krise befanden, besannen sich aufgeklärte Reformer – in Preußen der Freiherr vom Stein – wieder auf die Potentiale des städtischen Bürgertums und führten mit einer neuen Städteordnung wieder stärkere Selbstverwaltungselemente ein. Die Städte wurden – innerhalb bestimmter Grenzen – wieder zu selbstständigeren Akteuren innerhalb der Staaten. Vom Stein versprach sich von der Wiederherstellung der städtischen Selbstverwaltung ein wiedererwecktes politisches Verantwortungsbewusstsein der Bürger, ja eine Erneuerung von Staat und Nation über die Städte und Gemeinden. In den Städten formierte sich dann in der Praxis der kommunalen Selbstverwaltung das liberale Bürgertum, und die Städte blieben bis 1918 tatsächlich Hochburgen des Liberalismus. Von dieser erneuerten Version der städtischen Zivilgesellschaft blieben die nicht-besitzenden Schichten durch das Mehrklassenwahlrecht zwar noch weitgehend ausgeschlossen, aber das Bürgertum betrieb doch eine Politik für die Stadt, und nicht nur eine Klassenpolitik für sich selbst. Das Bürgertum war für den Aufbau des ›Munizipalsozialismus‹ verantwortlich, der kollektive Infrastruktureinrichtungen für alle Bürger schuf.

Nach 1918 wurde das Wahlrecht demokratisiert und damit wurden auch die Parteien der Arbeiterbewegung an der kommunalen Selbstverwaltung beteiligt. Aber die bürgerlichen Parteien behielten meist die Mehrheit in den Städten. Dennoch betrieben die Städte eine Politik der Demokratisierung der Lebensverhältnisse, beispielhaft in der Wohnungsversorgung, und sie waren die Träger einer kommunalen Politik, die stark durch das Ziel einer gesellschaftlichen Integration des Proletariats geprägt war. Kein Oberbürgermeister dieser Periode versuchte, sich durch Klassenpolitik zu profilieren – das Bekenntnis zur ›örtlichen Gemeinschaft‹ war keine leere Worthülse.

Obwohl es nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum die Städte waren, die zunächst die Funktionen des untergegangenen Staates übernahmen und den Wiederaufbau organisierten, erlangten in der Bundesrepublik bald insbesondere die Bundesländer eine starke Stellung im Staatsaufbau, mit der sie nach und nach den Entscheidungs- und Handlungsspielraum der Städte wieder einengten. Das war gut zu begründen mit dem Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – und diese wurde, solange die fordistische Staatsmaschine gut funktionierte, ja auch tatsächlich in höherem Maße realisiert als je zuvor. Die Städte wurden im politischen System jedoch zum Mülleimer der Probleme, mit deren Lösung sich die staatliche Ebene nicht befassen wollte oder konnte. Der ökonomische Strukturwandel seit den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts und die Steuergesetzgebung in jüngster Zeit untergruben schließlich das finanzielle Fundament der städtischen Selbstverwaltung und machte sie zu Bittstellern der Finanzminister.

Unsere Gesellschaft befindet sich gegenwärtig in der konfliktreichen Situation des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus bzw. von der Moderne zur Postmoderne. Der Sozialstaat ist in der Kri-

se. Immer weniger scheinen die Nationalstaaten in der Lage zu sein, ihre regulierende Rolle adäquat auszufüllen. Das Wirtschaftswachstum, das immerwährend schien, ist in den Industriegesellschaften in eine strukturelle Krise geraten. Hohe Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsperspektiven für sehr viele, insbesondere in den Städten, ist ebenso eine Folge davon wie die Finanzierungsprobleme des Sozialstaates – der zudem durch die demographische Entwicklung in eine Sackgasse geraten ist. Es ist wohl kaum übertrieben, von einer gesellschaftlichen Krise zu sprechen.

Die Rezepte, die zur Bewältigung der Krise in der Diskussion sind, drehen sich alle um eine Rücknahme der staatlichen Versorgungsangebote, um einen Rückzug des Staates aus der gesellschaftlichen Steuerung einerseits, um eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Elemente andererseits. Die De-Nationalisierung der Wirtschaftspolitik, die Orientierungslosigkeit bei der Suche nach neuen Wachstumsbereichen, die Erosion der umfassenden Sicherungssysteme, die offenen Probleme der gesellschaftlichen Individualisierung – all dies zwingt dazu, über neue Formen der Vergesellschaftung und neue Möglichkeiten der sozialen Einbettung nachzudenken.

Die Rückbesinnung auf die Tradition der Europäischen Stadt liegt dabei sehr nahe. Ich habe Beispiele genannt, wo die Städte und Gemeinden in eine politisch aktive Rolle gedrängt wurden, weil die staatliche Ebene in eine Krise geraten war. Das war in der Spätphase der feudalen Ökonomie so, in der Hochphase der Industrialisierung und nach den beiden Weltkriegskatastrophen ebenfalls. Müsste den Städten also nicht wieder eine stärkere Rolle zugemessen werden?

Nun helfen historische Analogien nicht viel weiter, wenn man nicht die Voraussetzungen und Potentiale benennen kann, auf die bei einer Wiederbelebung der Europäischen Stadt gesetzt werden könnte.

Die Probleme und Aporien sind im Zusammenhang mit den erwähnten Verfallserzählungen häufig genug benannt worden. Die Gegenargumente erscheinen dagegen zunächst nur schwach. Man kann verweisen auf

- die Identifikation der Bewohner mit ihrer Stadt,
- die Möglichkeiten, in politischen Nahräumen Solidarität zu praktizieren,
- das steigende Interesse der Bewohner an ihrer Stadt, das sich in einer wachsenden Zahl von Initiativen und Projekten zeigt,
- die neue Vitalität von Quartieren, in denen Migranten ihre eigenen Kulturen und Ökonomien entfalten,
- die Bedeutung der funktional gemischten Altbauquartiere für die ›New Economy‹ ,
- die zentrale Bedeutung der Städte für wissenschaftliche, ökonomische und kulturelle Innovation,
- die Attraktivität, die die Städte nach wie vor auf junge Menschen ausüben.

Die geringe – und immer geringer werdende – Beteiligung der Stadtbewohner an den Kommunalwahlen ist kein Gegenargument, sondern vielmehr ein Zeichen dafür, dass die lokale Politik einer Erneuerung bedarf. Kaum jemand hat doch noch das Gefühl, in der lokalen Politik würden vitale Interessen verhandelt, dort werde über unsere Zukunft entschieden. Wenn die Stadtpolitik sich aber nicht mehr auf ihre Bürger stützen kann, wird sie auch keinen Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen Krisen leisten können – sondern nur noch den Mangel verwalten, und das ist gegenwärtig das Hauptthema der Stadtpolitik.

Ich habe bei meinen Überlegungen bewusst etwas hoch gegriffen. In vieler Hinsicht muss der Hinweis auf die Tradition der Europäischen Stadt vorläufig leider abstrakt bleiben. Konkretisieren kann sich das nur in experimenteller Politik, für die allerdings die Möglichkeitsräume bereitgestellt bzw. von aktiven Bürgern erzwungen werden müssen. Die Frage, ob die Europäische Stadt verschwindet oder ob sie angesichts unserer heutigen Krisensituation eine neue Rolle übernehmen kann, ist weniger eine Frage der distanzierten wissenschaftlichen Analyse als der politischen Praxis und der Bereitschaft der Bürger, sich wieder stärker für die Stadtgesellschaft zu engagieren.

Hartmut Häußermann hielt diese Rede anlässlich der Verleihung der Schumacher-Preise in Hannover am 21. November 2003. Der Text ist im Jahrbuch 2003/04 der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S. abgedruckt und wurde für den Abdruck gekürzt.

Prof. Hartmut Häußermann, geb. 1943, zählt zu den prominentesten Vertretern der deutschen Stadtsoziologie. Nach Professuren in Kassel und Bremen ist er seit 1993 Professor für Stadt- und Regionalsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2002 wurde er als erster Deutscher zum Präsidenten der Stadtforscher in der internationalen Gesellschaft für Soziologie gewählt. Seit 2003 ist er Mitglied der Expertenkommission "Wohnungsbaugenossenschaften" beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen. Hartmut Häußermann erhielt im Jahr 2003 den Fritz Schumacher-Preis der Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.